

## 8. Hängen ökologische Krisen und antidemokratische Tendenzen zusammen?

**(Stichwort: Road to Tyranny) In welchem Verhältnis stehen die verschiedenen Demokratiekrisen zueinander?** Wenn es gelingt, eine ökologische Diskurskultur zu etablieren, ist damit ein Gegenmittel zur identitären antidemokratischen Politik der Rechten und der hinter den Rechten stehenden Interessengruppen. Damit erlaubt eine ökologische Diskurskultur eine lokale demokratische Ermächtigung. Sie widerspricht der Unvermeidbarkeit und der Nivellierung politischer Unterschiede, die für die demokratische Politik der letzten Jahrzehnte charakteristisch war.

- Globale Entwicklung: Petrodiktaturen, - Lokale Entwicklung: Wahlbeteiligung, Engagement - Können wie den autoritären Kräften durch ein neues, ökologisches Demokratiemodell Energien entziehen?

Die ökologischen Krisen sind auch eine Krise des liberalen Sozialstaats und der liberalen und sozialen Demokratie. Im wesentlichen gleichzeitig mit der zunehmenden Sichtbarkeit der Klima- und auch der Biodiversitätskrise in der Öffentlichkeit gerät die liberale Demokratie und das globalisierte Wirtschaftsmodell auch unter einen immer deutlicheren Beschuss von rechts. Es liegt nahe, diese Gefahr von rechts auch als eine Reaktion auf die ökologischen Krisen zu verstehen und dahinter Agierende zu identifizieren, die eine ökologische Politik aus Eigeninteresse ablehnen. Deshalb stellt z.B. Bruno Latour eine direkte Verbindung zwischen Trump und der Klimakrise her.

Auch die populistische, antiliberalen Rechte fordert, wenigstens in ihrer Ideologie, von anderen politisch Agierenden und einem anderen Handlungsrahmen auszugehen als die liberale und soziale Demokratie - nämlich von Völkern und Territorien. Die rechten, autoritären Kräfte promoten die Idee des Nationalstaats und der Souveränität. Sie behaupten, dass eine Identität zwischen einem territorialen Staat und einem *Volk* besteht, dass das Gebiet dieses Staats bewohnt oder bewohnen sollte, und dass es zwischen den territorial verstandenen Staaten vor allem Konkurrenz gibt. Diese Ideologie widerspricht allen Erkenntnissen zum Erdsystem und den Verbindungen zwischen ökologischen Akteuren. Es besteht ein Widerspruch zwischen einem geopolitischen Ansatz, der von der Selbstbehauptung von Territorien ausgeht, und der Einsicht in den vernetzten Charakter der Wesen, aus denen sich Gaia zusammensetzt.

Zur Entstehung der antiliberalen Rechten haben viele Faktoren geführt, sicher nicht nur die ökologischen Krisen. Die ökologischen Krisen erfordern – jedenfalls versucht dieser Aufsatz das herauszuarbeiten – eine Veränderung, vor allem eine Erweiterung der Demokratie. Sie haben das Potenzial Probleme zu lösen, die zum Aufstieg der Rechten geführt haben. So sehr die ökologischen Krisen zeigen, dass unser Demokratiemodell

tiefgreifend verändert werden muss, so sehr sind sie auch eine Chance für die Demokratie. Und so sehr ist eine konsequente ökologische Politik von der Erhaltung der Demokratie abhängig.